

21.7 Interparlamentarische Union (IPU)

Stand: 1.5.2016

Die Interparlamentarische Union, 1889 in Paris gegründet, ist die einzige weltweite Vereinigung von Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Die Gründer, der englische Arbeiterführer *Sir William Randal Cremer* (1828–1908) und der französische Pazifist *Frédéric Passy* (1822–1912) wollten Abgeordnete zusammenbringen, „damit erstens unter ihnen das Verständnis für die internationale Solidarität wuchs, und damit zweitens auf dem Weg über die Einflussnahme auf die Regierungen eine friedliche Regelung von Konflikten erreicht werden konnte. Diesem Programm ist die Interparlamentarische Union seit über 125 Jahren durch die Jahrzehnte hindurch treu geblieben.“¹

Delegationen aus inzwischen 167 Staaten (Stand: 2016) vertreten ihre Parlamente. Unterschiedliche Staatsformen und Ideologien sind kein Hindernis für die Diskussion von Sachthemen, die zum Arbeitsgebiet aller Parlamente gehören. Es ist gerade das Ziel der IPU, über die politischen Gegensätze hinweg persönliche Kontakte zwischen Parlamentariern verschiedener Länder zu ermöglichen, um den internationalen Frieden zu fördern und die internationale Zusammenarbeit zu verbessern, vor allem durch Unterstützung der Ziele der Vereinten Nationen.

Vertreter des Deutschen Reichstages nahmen erstmals 1890 in London an einer Versammlung teil. Viermal – 1908, 1928, 1978 und 1999 – war Deutschland Tagungsort einer IPU-Versammlung. Der Deutsche Bundestag ist seit dem Jahre 1951 Mitglied der IPU.

Das Leitungsgremium der Organisation ist der Rat (früher: Interparlamentarischer Rat), der die Tätigkeit der IPU „in Übereinstimmung mit den in der Satzung festgelegten Zielen“ lenkt. Ihm gehören drei Parlamentarierinnen und Parlamentarier eines jeden Mitglieds der IPU an unter der Voraussetzung, dass sowohl Männer als auch Frauen in seiner Delegation vertreten sind. Der Rat entscheidet u.a. über Neuaufnahmen, nimmt den Haushalt an und wählt den Präsidenten. Von 1985 bis 1988 war mit *Hans Stercken* ein deutscher Abgeordneter Präsident der IPU. Im Oktober 2014 wurde *Saber H. Chowdhury*, ein Parlamentarier aus Bangladesch, für die Dauer von drei Jahren zum Präsidenten der IPU gewählt. Das Verwaltungsorgan der IPU ist der Exekutivausschuss, der dem Rat hilfreich zur Seite steht und eine Schlüsselstellung bei der Vorbereitung der Tagesordnung besitzt. Zur Vorbereitung der Versammlungen und bei der Besetzung von Ämtern haben sich in der IPU sechs geopolitische Gruppen gebildet, die selbst ihre Arbeitsmethoden zur Beteiligung an den Aktivitäten der IPU bestimmen. Der Deutsche Bundestag ist Mitglied in der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus.

Die IPU hat vier Ständige Ausschüsse eingesetzt, die sich mit Frieden und internationaler Sicherheit, Demokratie und Menschenrechten, nachhaltiger Entwicklung, Finanzen und Handel sowie den Angelegenheiten der Vereinten Nationen befassen. Außerdem setzt sich der Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentariern dafür ein, dass zu Unrecht inhaftierte Parlamentarier aus dem Gefängnis entlassen werden.

Der Deutsche Bundestag entsendet zu den zweimal im Jahr stattfindenden Versammlungen der IPU eine achtköpfige Delegation, die derzeit (2016) vom Bundestagspräsidenten, *Prof. Dr. Norbert Lammert*, geleitet wird.

Das Sekretariat der Interparlamentarischen Union hat seit 1921 seinen Sitz in Genf.

¹ *Horst Ferdinand*, Die Interparlamentarische Union, in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung, 17. Jg., (1978), H. 9, S. 225 f.

Folgende Mitglieder des Deutschen Bundestages hatten seit 1990 in der IPU wichtige Funktionen inne:

Ämter	Deutsche Amtsinhaber
Mitglied des Exekutivausschusses	<i>Josef Philip Winkler</i> (B 90/GR) (2011–2013) <i>Norbert Lammert</i> (CDU) (2013–2015)
Vorsitz der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus	<i>Dieter Schloten</i> (SPD) (1997–2001)

Quelle: Deutscher Bundestag, Referat Internationale parlamentarische Versammlungen

□ Angaben für den Zeitraum bis 1994 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.8.